

Stellungnahme des Ausschusses der Regionen „Erweiterungspaket 2006 — Kandidatenländer“

(2007/C 197/03)

DER AUSSCHUSS DER REGIONEN

- erinnert daran, dass die Erweiterung ein Erfolg für die Europäische Union und für Europa insgesamt ist und
- hebt die Bedeutung einer regionalen und lokalen Perspektive des Erweiterungsprozesses zur Gewährleistung der inneren Stabilität hervor, wobei die Demokratie auf der den Bürgern am nächsten liegenden Ebene eine zentrale Rolle spielt;
- betont die Bedeutung einer anhaltenden Erfüllung der politischen Kriterien von Kopenhagen, insbesondere im Hinblick auf die notwendige Stärkung der Meinungsfreiheit, der Religionsfreiheit, der Frauenrechte, der Minderheitenrechte und der Gewerkschaftsrechte sowie eine weitere Verbesserung des institutionellen Rahmens für die Menschenrechte;
- hebt hervor, dass die politische Begleitung des Erweiterungsprozesses auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene wegen seiner großen Bedeutung für die Zukunft der EU eine große Herausforderung ist. Daher wurde entschieden, eine Arbeitsgruppe „Kroatien“ und eine Arbeitsgruppe „Türkei“ einzurichten, was im Hinblick auf die Erarbeitung der politischen Standpunkte des Ausschusses eine Intensivierung des Austauschs mit den verschiedenen Akteuren erfordert;
- zeigt sich erfreut über die erreichten Fortschritte in Kroatien bezüglich der politischen und wirtschaftlichen Kriterien, in Bezug auf den *Acquis*, sowie im Bereich der Umsetzung des Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens und begrüßt die anhaltende Erfüllung der politischen Kriterien von Kopenhagen durch die kroatischen Behörden;
- begrüßt die in der Türkei durchgeführten tief greifenden Reformen, zeigt sich allerdings weiterhin besorgt über die Verlangsamung der Reformen und erinnert daran, dass sein politisches Ziel weiterhin in der Einrichtung eines Gemischten Beratenden Ausschusses (GBA) mit der Türkei besteht;
- begrüßt die weiteren Fortschritte bei den Reformen und zeigt sich erfreut, dass sich die Ehemalige Jugoslawische Republik Mazedonien auf dem richtigen Kurs zur Erfüllung der politischen Kriterien von Kopenhagen befindet; stellt allerdings fest, dass sich das Tempo der Reformen 2006 verlangsamt hat.

I. Politische Empfehlungen

Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament und an den Rat — Erweiterungsstrategie und wichtigste Herausforderungen für den Zeitraum 2006-2007 mit Sonderbericht über die Fähigkeit der EU zur Integration neuer Mitglieder

KOM(2006) 649 endg.

DER AUSSCHUSS DER REGIONEN

Allgemeine Empfehlungen

1. erinnert daran, dass die verschiedenen Erweiterungsrunden seit Anbeginn grundlegender Bestandteil des europäischen Einigungswerks gewesen sind;

2. anerkennt die bedeutende Rolle des Erweiterungsprozesses für die demokratische und nachhaltige Entwicklung der Staaten, die sich im Beitrittsprozess befinden, sowie für die Stabilität im europäischen Raum und für die Sicherheit der Europäischen Union;

3. erinnert daran, dass die Erweiterung ein Erfolg für die Europäische Union und für Europa insgesamt ist und zur Überwindung der Teilung Europas sowie zur Friedenserhaltung und Stabilität auf dem gesamten Kontinent beiträgt;

4. hebt die Bedeutung einer regionalen und lokalen Perspektive des Erweiterungsprozesses hervor und anerkennt die bedeutende Rolle der politischen Maßnahmen regionaler und lokaler Gebietskörperschaften zur Gewährleistung der inneren Stabilität, wobei die Demokratie auf der den Bürgern am nächsten liegenden Ebene eine zentrale Rolle spielt;

5. betont, dass jedes Land, das der Europäischen Union beitreten möchte, aufgrund seiner eigenen Leistungen und entsprechend seiner Erfolge bei der Umsetzung der strengen Beitrittskriterien bewertet wird;

6. betont, dass verantwortungsvolles, auf den Grundsätzen der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit beruhendes Regieren in Europa durch Dezentralisierung erreicht werden kann, ohne ein einheitliches Modell vorzugeben;

7. unterstreicht, dass eine ausgewogene Übertragung von Zuständigkeiten und finanziellen Mitteln an die dezentralen Behörden eine wesentliche Voraussetzung für ein wirksames demokratisches Geschehen auf lokaler und regionaler Ebene ist;

8. fordert Kooperationsbemühungen sowie den Austausch von Erfahrungen und bewährter Verfahren, die im Rahmen der Heranführungspolitik mit den lokalen und regionalen Gebietskörperschaften der Mitgliedstaaten der EU und der Bewerberstaaten gesammelt bzw. angewendet wurden.

Kroatien

9. zeigt sich erfreut über die erreichten Fortschritte in Bezug auf die politischen und wirtschaftlichen Kriterien, in Bezug auf den *Acquis*, sowie im Bereich der Umsetzung des Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens und begrüßt die anhaltende Erfüllung der politischen Kriterien von Kopenhagen;

10. hebt hervor, dass die politische Begleitung des Erweiterungsprozesses auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene wegen seiner großen Bedeutung für die Zukunft der EU eine große Herausforderung ist. Daher wurde entschieden, eine Arbeitsgruppe „Kroatien“ einzurichten, was im Hinblick auf die Erarbeitung der politischen Standpunkte des Ausschusses eine Intensivierung des Austauschs mit den verschiedenen Akteuren erfordert;

11. erklärt, dass er durch die Einsetzung dieser Arbeitsgruppe den ständigen Dialog mit den politischen Vertretern Kroatiens fördern will. Außerdem wird er die Organisation von Informations- und Kommunikationskampagnen zum Erweiterungsprozess in den Städten und Regionen der Europäischen Union und Kroatiens fördern und unterstützen;

12. betont, dass eines der Mittel zur Stärkung des Aufschwungs und der Stabilität in Kroatien und dem Westbalkan in der aktiven grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zwischen den lokalen und regionalen Gebietskörperschaften besteht;

13. ist darüber erfreut, dass eine Strategie für die Reform der öffentlichen Verwaltung ausgearbeitet wird, und macht darauf aufmerksam, dass Themen der Verwaltungskapazität lokaler und regionaler Gebietskörperschaften angegangen werden müssen;

14. hält es für wichtig, dass die Regierung mit der Umsetzung von Strategien zur Reform des Gerichtswesens und zur Korruptionsbekämpfung begonnen hat, und begrüßt, dass Kroatien bei der Minderheiten- und Flüchtlingsrückführung Fortschritte gemacht hat; hebt allerdings die Notwendigkeit weiterer Reformanstrengungen in diesen Bereichen hervor und empfiehlt, die Fortschritte insbesondere in den beiden zuletzt genannten Bereichen zu beschleunigen;

15. hebt die Bedeutung einer guten demokratischen und dezentralisierten Governance hervor, die den Bedürfnissen der Bürger entspricht, und verweist auf die bedeutende Rolle der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften bei der Durchführung von Reformmaßnahmen;

16. begrüßt die anhaltende und umfassende Zusammenarbeit Kroatiens mit dem Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien (IStGH) und betont die Notwendigkeit weiterer Fortschritte bei der Durchführung von Kriegsverbrecherprozessen einschließlich Zeugenschutz;

17. empfiehlt im Bereich des öffentlichen Auftragswesens Erfolge zu erzielen, um die Verfügbarkeit transparenter Verfahrensweisen auf allen Verwaltungsebenen zu gewährleisten;

18. begrüßt die jüngsten Entwicklungen in der Regionalpolitik und bei der Koordinierung von Strukturinstrumenten, weist jedoch auch auf den Bedarf erhöhter Verwaltungskapazitäten zur Ausführung der EU-Mittel hin.

Türkei

19. begrüßt die in der Türkei durchgeführten tief greifenden Reformen, zeigt sich allerdings weiterhin besorgt über die Verlangsamung der Reformen;

20. betont, dass die politische Begleitung des Erweiterungsprozesses auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene wegen seiner großen Bedeutung für die Zukunft der EU eine große Herausforderung ist. Daher wurde entschieden, eine Arbeitsgruppe „Türkei“ einzurichten, was im Hinblick auf die Erarbeitung der politischen Standpunkte des Ausschusses eine Intensivierung des Austauschs mit den verschiedenen Akteuren erfordert;

21. erinnert daran, dass sein politisches Ziel weiterhin in der Einrichtung eines Gemischten Beratenden Ausschusses (GBA) mit der Türkei besteht;

22. erklärt, dass er durch die Einsetzung dieser Arbeitsgruppe den ständigen Dialog mit den politischen Vertretern der Türkei fördern will. Außerdem wird die Arbeitsgruppe die Organisation von Informations- und Kommunikationskampagnen zum Erweiterungsprozess in den Städten und Regionen der Europäischen Union und der Türkei fördern und unterstützen;

23. betont die Bedeutung einer anhaltenden Erfüllung der politischen Kriterien von Kopenhagen, insbesondere im Hinblick auf die notwendige Stärkung der Meinungsfreiheit, der Religionsfreiheit, der Frauenrechte, der Minderheitenrechte und der Gewerkschaftsrechte sowie eine weitere Verbesserung des institutionellen Rahmens für die Menschenrechte;

24. verweist auf die Bedeutung der Demokratie auf bürgernahe Ebene und auf die wichtige Rolle, die lokale und regionale Gebietskörperschaften bei der Umsetzung diesbezüglicher Maßnahmen übernehmen müssen;

25. hebt die Bedeutung der lokalen Verwaltung und die Schlüsselrolle der Stadträte hervor;

26. begrüßt die jüngsten Fortschritte bei der Schaffung des Amtes eines Bürgerbeauftragten zur Behandlung von Streitfragen mit der öffentlichen Verwaltung;

27. betont, dass die Verbesserung des Rechtsrahmens für das öffentliche Auftragswesen von grundlegender Bedeutung ist, um eine transparente und zuverlässige Verwaltung auf lokaler Ebene zu gewährleisten, die den Bürgern die grundlegenden Dienstleistungen bietet;

28. begrüßt die Verabschiedung des Gesetzes zur Einrichtung von regionalen Entwicklungsstellen und schlägt vor, die Transparenz und Verantwortlichkeit bei der Verwaltung dieser Stellen zu verbessern.

Ehemalige Jugoslawische Republik Mazedonien

29. begrüßt die weiteren Fortschritte bei den Reformen und zeigt sich erfreut, dass sich die Ehemalige Jugoslawische Republik Mazedonien auf dem richtigen Kurs zur Erfüllung der politi-

schen Kriterien von Kopenhagen befindet; stellt allerdings fest, dass sich das Tempo der Reformen 2006 verlangsamt hat;

30. begrüßt, dass die Wahlen im Juli 2006 im Allgemeinen entsprechend der internationalen Standards durchgeführt wurden; betont allerdings, dass erhebliche Bemühungen notwendig sind, um verbleibende Probleme zu beseitigen und die genannten Standards bei den nächsten Wahlen voll und ganz zu erfüllen;

31. empfiehlt, die Bekämpfung der Korruption zu verstärken, damit Transparenz und demokratische Verantwortlichkeit auf allen Ebenen gewährleistet werden, sowie Reformen im Polizei- und Gerichtswesen durchzuführen;

32. betont die Bedeutung einer vollständigen Umsetzung des Ohrid-Abkommens;

33. hebt die Bedeutung von Demokratie auf der den Bürgern am nächsten liegenden Ebene hervor und weist auf die bedeutende Rolle hin, die lokale und regionale Gebietskörperschaften insbesondere bei der Gewährleistung der korrekten Durchführung von Gesetzen zum Schutz von Minderheiten und zur Unterstützung von guten Beziehungen zwischen den ethnischen Gruppen übernehmen können;

34. begrüßt die Durchführung des Beamtengesetzes aus dem Jahre 2000 sowie die jüngsten Dezentralisierungsbestrebungen und ermutigt die lokalen Behörden, die Berücksichtigung ihrer Rechte und Zuständigkeiten proaktiv zu gewährleisten;

35. betont die Notwendigkeit, Unabhängigkeit und Sachverstand der Verwaltung sicherzustellen;

36. ruft die Regierung dazu auf, erhebliche Anstrengungen zu unternehmen, um die Gesetzgebung in puncto regionaler Entwicklung mit dem gemeinschaftlichen *Acquis* in Einklang zu bringen und in diesem Bereich die Verwaltungskapazitäten zur Gewährleistung der Umsetzung einer effizienten Regionalpolitik zu erhöhen;

37. begrüßt die Aufnahme von Verhandlungen über Visaerleichterungen und Rückübernahmeabkommen mit allen Staaten in der Region sowie die Aussicht, diese so bald wie möglich abzuschließen. Durch den Abschluss derartiger Übereinkommen werden Kontakte zwischen den Bürgern der EU und der Westbalkanländer gefördert und die Reisemöglichkeiten besonders für die jüngere Generation verbessert;

38. ruft die Europäische Kommission dazu auf, die notwendigen Maßnahmen einzuleiten, um die rechtliche Grundlage zur Einsetzung eines Gemischten Beratenden Ausschusses von AdR und der Ehemaligen Jugoslawischen Republik Mazedonien zu schaffen.

Brüssel, den 6. Juni 2007.

Der Präsident
des Ausschusses der Regionen
Michel DELEBARRE

II. Verfahren

Titel	Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament und an den Rat — Erweiterungsstrategie und wichtigste Herausforderungen für den Zeitraum 2006-2007 mit Sonderbericht über die Fähigkeit der EU zur Integration neuer Mitglieder
Referenzdokument	KOM(2006) 649 endg.
Rechtsgrundlage	Artikel 265 Absatz 1 des EG-Vertrags
Geschäftsordnungsgrundlage	
Befassung durch die Kommission	8.11.2006
Präsidiumsbeschluss	25.4.2006
Zuständig	Fachkommission für Außenbeziehungen und dezentralisierte Zusammenarbeit (RELEX)
Berichterstatter	Antti Liikkanen (FI/SPE), Mitglied des Stadtrates von Rovaniemi
Analysevermerk	7.12.2006
Prüfung in der Fachkommission	25.1.2007
Annahme in der Fachkommission	29.3.2007
Abstimmungsergebnis	Einstimmig angenommen. Vereinfachtes Verfahren gemäß Artikel 26 GO.
Verabschiedung auf der Plenartagung	6.6.2007
Frühere Ausschusststellungen	<p>CdR 50/2006 fin, ⁽¹⁾ Stellungnahme zu der Mitteilung der Kommission an den Rat, das Europäische Parlament, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen: <i>Zivilgesellschaftlicher Dialog zwischen der EU und den Kandidatenländern</i> KOM(2005) 290 endg. — Berichterstatter: Isidoro Gottardo (IT/EVP), vom Plenum am 27.4.2006 verabschiedet.</p> <p>CdR 499/2004 fin, ⁽²⁾ Stellungnahme zum <i>Vorschlag für einen Beschluss des Rates über die Grundsätze, Prioritäten und Bedingungen der Europäischen Partnerschaft mit Kroatien</i> KOM(2004) 275 endg. — Berichterstatter: Isidoro Gottardo (IT/EVP), vom Plenum am 13.10.2005 verabschiedet.</p> <p>CdR 495/2004 fin, ⁽³⁾ Stellungnahme zu der <i>Empfehlung der Europäischen Kommission zu den Fortschritten der Türkei auf dem Weg zum Beitritt</i> KOM(2004) 656 endg. — Berichterstatterin: Helene Lund (DK/SPE), vom Plenum am 6.7.2005 verabschiedet.</p>

⁽¹⁾ ABl. C 206 vom 29.8.2006, S. 23.

⁽²⁾ ABl. C 81 vom 4.4.2006, S. 42.

⁽³⁾ ABl. C 31 vom 7.2.2006, S. 11.